Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 224. Mittwoch den 12. August 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Im Monat Juli a. c. gingen beim Armenamte hier ein:

4 ℳ	— ₰	Sühne in Sachen	L. B.	⁄.	H. J.	durch Hrn. Friedensrichter Nagel.
1 „	— „	„ „ „	L.	⁄.	E. B.	
10 „	— „	„ „ „	H.	⁄.	A. H.	
3 „	— „	„ „ „	E. H.	⁄.	Ch. G.	
2 „	— „	von dem Tischlermeister Herrn Engemann in Sachen ⁄. D. durch das Gewerbeschiedsgericht,				
100 „	— „	von Herrn Isidor Magnus Bon anläßlich seines 50jährigen Geschäfts-Jubiläums,				
2 „	50 „	für berechnete, aber nicht getrunkene 10 Glas Bier,				
5 „	— „	Sühne in Sachen R. F.	⁄.	A. L.		durch Herrn Friedensrichter Nagel.
6 „	— „	„ „ „	G. M.	⁄.	H. G.	
4 „	— „	„ „ „	E. G.	⁄.	H. G.	
1 „	— „	„ „ „	M. G.	⁄.	H. G.	
2 „	— „	„ „ „	P. K.	⁄.	H. B.	
2 „	— „	Sühne in Sachen	W.	⁄.	G.	durch Herrn Friedensrichter H. A. Jauck sen.
1 „	— „	„ „ „	G.	⁄.	R. R.	
3 „	— „	„ „ „	M.	⁄.	B.	
10 „	— „	„ „ „	H.	⁄.	G.	
2 „	— „	„ „ „	E.	⁄.	P.	
3 „	— „	„ „ „	J.	⁄.	B. B.	
1 „	— „	„ „ „	L.	⁄.	K.	
1 „	— „	„ „ „	St.	⁄.	H.	
163 ℳ	50 ₰	Sa.				

Dankend quittirt
Leipzig, den 7. August 1885.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Jungkühnel.

Bekanntmachung.

Der gegenwärtig nach dem Fleischerplatze verwiesene **Grünwaarenmarkt** wird
von Donnerstag, den 13. dieses Monats, ab
wieder auf dem **Nicolaikirchhofe**, soweit derselbe frei ist, bez. in der **Nicolai-** und **Ritterstraße** abgehalten werden.
Leipzig, am 10. August 1885.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die **Expeditionsräume** für die **Buch-** und **Cassenführung** unserer **Gasanstalten** befinden sich
von **Montag**, den **10. d. Mts.** ab
in der **I. Etage** des Hauses **Ritterstraße 6** (Theaterpassage).
Leipzig, am 8. August 1885.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Laut Angabe des am 13. October 1866 zu Lößnig bei Torgau geborenen Schuhmachers **Carl Emil Hirsch** ist dessen angeblich in Lößnig ausgestelltes Arbeitsbuch in hiesiger Stadt abhanden gekommen.
Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib gedachten Buches bitten wir hier anzeigen, bez. dasselbe im Auffindungsfalle anher, Obstmarkt 3. 2. Etage, abliefern zu wollen.
Leipzig, den 6. August 1885.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Reichel.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das der **Agnes Liddy Zimmermann** aus Hartha unterm 29. März 1882 vom Stadtrathe zu Wurzen ausgestellte Dienstbuch in hiesiger Stadt abhanden gekommen.
Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle an uns abzugeben.
Leipzig, am 8. August 1885.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
J. V.
Junck, Pol.-Rath. W.

Auction.

Sonnabend, den 15. August 1885, Nachmittags 3 Uhr,
soll im **Gasthofe zu Neustadt**
ein Pferd, brauner Wallach,
meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.
Leipzig, den 10. August 1885.
Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Trauer.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Parteilage.

VI.

* Alle Einwendungen, welche vom Standpunct unseres Parteilebens aus gegen die Anwendbarkeit des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland erhoben sind, konnten insofern überflüssig erscheinen, als allgemein, vielleicht mit Ausnahme der „freisinnigen" Partei, anerkannt ist, daß jenes System bei uns nicht in Geltung ist und daß auch, sei es aus den von uns angeführten, sei es aus anderen Gründen, von demselben abgesehen werden muß. Dessen ungeachtet ist aber die Hinneigung zu dem parlamentarischen System noch immer sehr groß und gar zu oft wird bewußt oder unbewußt aus den Anschauungen desselben heraus argumentirt, für die parlamentarische Mehrheit ein maßgebender Einfluß, wie er nur bei diesem System möglich ist, in Anspruch genommen und das Fehlen dieses Einflusses als ein mit allen Anstrengungen zu beseitigendes Uebel empfunden. Aus diesen Gründen schien es uns zweckmäßig und nothwendig, im Einzelnen nachzuweisen, daß bei uns dem parlamentarischen Regierungssystem das Wesen der Parteien selbst entgegensteht.

Die stark ausgeprägte Vorliebe für dieses System, welches ja weit über die deutschen Grenzen hinaus in dem größten Theil Europas so zahlreiche und warme Verehrer gefunden hat, beruht zu einem nicht geringen Theil unzweifelhaft auf seinen beispiellos glänzenden Erfolgen in seiner englischen Heimath. Sieht man aber, wie das parlamentarische System anderwärts auflösend und zersetzend gewirkt hat, so sollte man denken, dies müsse, wenn nicht die Bewunderung vermindern, wenigstens Zweifel an seiner Gemeingültigkeit erregen, und wenn es trotz dessen immer wieder ohne weitere Untersuchung über seine Anwendbarkeit als bestes Vorbild hingestellt und ihm nachgestrebt wird, so verdankt es diese Gunst wohl noch einem anderen Umstande; sie beruht zu einem nicht geringen Theil darauf, daß es bis jetzt die einzige Art der constitutionell beschränkten Monarchie darstellt, welche eine in das Einzelne eingehende sichere und in das allgemeine Volksbewußtsein aufgenommene Ausbildung erfahren hat. Das deutsche Reich ist zu jung, als daß sich in demselben schon eine feste Staatspraxis hätte bilden können. Auch in Preußen besteht die constitutionelle Staatsform erst seit etwas über drei Jahrzehnten und wurde, nachdem die schweren Geburtswehen kaum überwunden waren, durch den Militärconflict Jahre lang in ihrer normalen Entwickelung gehemmt. Unser jetziges constitutionelles System vermag auf gar manche sich darbietende Frage zur Stunde noch keine befriedigende Antwort zu geben. Aber wir können die Unfertigkeit unseres constitutionellen Systems nicht dadurch ergänzen, daß wir es als werdenden Parlamentarismus behandeln, und vergeblich würde selbst der erfindungsreichste Kopf sich bemühen, dasselbe plötzlich zu der inneren Vollendung zu erheben, deren das um Jahrhunderte ältere englische System sich erfreut. Auch das parlamentarische System ist nicht erfunden, sondern erlebt worden, und auch wir können unsern Constitutionalismus nur auf dem Wege gelassener, durch Generationen fortgesetzter Arbeit zu der Ausbildung führen, welche dem Verlauf unseres Staatslebens die jetzt so oft vermißte Sicherheit garantirt.

Je unmöglicher es ist, die künftige Entwickelung unseres constitutionellen Systems bis in alle Einzelheiten vorherzusagen, um so wichtiger ist es, wenigstens über die nothwendigen Consequenzen der gegebenen Verhältnisse sich klar zu werden. Die wesentlichste von allen ist die, daß die Regierung bei uns der Volksvertretung durchaus selbstständig und unabhängig gegenübersteht. Die Regierung vertritt die Krone nicht etwa nur in dem Sinn, daß gewisse vorbehaltene Rechte nicht von dem Parlament als solchem, sondern nur von den zur Regierung berufenen Parlaments-Mitgliedern Namens der Krone ausgeübt werden dürfen, sondern sie ist rein und ausschließlich Dienerin der Krone; sie leitet ihre Macht nicht nur formal, sondern auch materiell von dieser, nicht von dem Parlament her; sie steht nicht im Parlament, sondern demselben gegenüber; sie mag in ihren Ansichten mehr zu der einen oder der anderen Partei hinneigen, sie besteht aber nicht aus den Führern einer Partei als solchen. Es hieße darum Unmögliches verlangen, wenn man forderte, zwischen Regierung und Volksvertretung sollten nie Differenzen bestehen, die doch zwischen zwei unabhängig einander gegenüberstehenden Gewalten ganz unvermeidlich sind, und es wäre verkehrt, zu fordern, jede entstandene Differenz solle durch den Rücktritt des Ministeriums gelöst werden. Dieser Ausweg hat einen Sinn nur bei dem parlamentarischen Regierungssystem, bei welchem durch die Ablösung des in der Minorität gebliebenen Ministeriums durch ein anderes über die Majorität gebietendes die Differenz zwar nicht gelöst, aber doch einstweilen unschädlich gemacht wird; bei dem rein constitutionellen System wäre er in den meisten Fällen zweck- und erfolglos, weil die Regierung außerhalb des Parlaments steht und unabhängig von demselben ist und damit, so lange man das Grundwesen des Systems nicht in sein Gegentheil ändert, die Quelle von Differenzen zwischen beiden Gewalten immer offen bleibt. Das System legt unausweichlich beiden Theilen, der Regierung und der Volksvertretung, die Nöthigung auf, fortgesetzt nach sachlichem Ausgleich zu streben, welcher dann aber auch, soweit er gelingt, die Differenz nicht blos zur Seite schiebt, sondern wirklich löst.

Bei dem rein constitutionellen System kann es keine eigentliche Regierungspartei, und es sollte normaler Weise auch keine reine Oppositionspartei geben. So verhalten sich auch im Wesentlichen die Deutschconservativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen. Die Unabhängigkeit der Regierung von den Parteien bedingt nothwendig auch die Unabhängigkeit dieser von jener. Eine Partei kann möglicherweise lange Zeit hindurch, sei es aus Ueberzeugung, sei es aus Schwäche, Alles billigen, was die Regierung vorschlägt, unmöglich aber kann sie sich zu dem Grundsatz bekennen, sie werde immer allen Vorschlägen der Regierung zustimmen. Bei dem parlamentarischen Regierungssystem, bei welchem der Regierungs- und der Parteistandpunct zusammenfallen, kann und soll die Mehrheitspartei ihren die Regierung bildenden Führern Gehorsam leisten, die gleiche Unterwerfung unter den Willen einer außerhalb der Parteien stehenden Regierung wäre nichts Anderes als die Abdankung der Partei als solcher. Da bei uns die Regierung als solche außerhalb der Parteien steht, ist die normale Vertheilung der Rollen nicht die, daß die eine Partei die Vorschläge der Regierung deshalb, weil es Regierungsvorschläge sind, unter Geltendmachung ihrer vortheilhaften Seiten vertheidigt, die andere dieselben aus dem gleichen Grunde unter Hervorhebung ihrer Schattenseiten bekämpft, sondern das Natürlichere ist, daß jede Partei den Maßstab ihrer Parteiansichten an die Vorschläge der Regierung anlegt und je nach dem danach sich ergebenden Urtheil dieselben unterstützt, ihnen entgegentritt oder sie zu modificiren sucht.

Leipzig, 12. August 1885.

* Die günstigen Aussichten in die politische Zukunft verstärken sich unausgesetzt nach allen Richtungen hin. Der Friede verbürgende Charakter der deutsch-österreichischen Freundschaft ist so weltbekannt, daß jede neue Bekräftigung der beiderseitigen Intimität, wie eine solche soeben in Gastein sich vollzogen hat, von Europa ohne Weiteres erkannt und verwerthet wird. Gegentheilige Bestrebungen sind zur Zeit nirgends wahrnehmbar; sie würden, wollten sie sich je hervorwagen, überall auf die unverblümteste Zurückweisung der Fürsten, Cabinete und Völker stoßen. Die Reise des Grafen Kalnoky nach Varzin bildet gewissermaßen die geschäftliche Ergänzung der Gasteiner Zusammenkunft, sowie das Mittelglied zwischen letzterer und der Begegnung des österreichischen mit dem russischen Monarchen. Mit großer Befriedigung blicken namentlich die Wiener politischen Kreise auf beide Begegnungen hin, denen sie wohl mit Recht ebenso große praktische als symptomatische Bedeutung beilegen. In der That haben sich seit dem Tage von Skiernewicze in der internationalen Lage verschiedene Aenderungen vollzogen, die gewisse Grundlinien des mitteleuropäischen Bündnißprogramms berühren. Es ist inzwischen die afghanische Frage aufgeworfen worden, die egyptische Verwicklung ist bis zu ihrem heutigen Stadium fortgeschritten, in England das Parteiregiment gewechselt, die französische Nation sieht vor allgemeinen Neuwahlen; das sind nur einige Puncte, mit denen die öffentliche Meinung sich beschäftigt und die sie zur Grundlage politischer Speculationen macht, indem sie dieselben an dem Maßstabe des mitteleuropäischen Friedensbündnisses mißt. Natürlich kommt sie dabei zu den hoffnungsvollsten Schlußfolgerungen für die Wahrung und organische Ausgestaltung der gegenwärtigen internationalen Lage.

* Die Rede, mit welcher Staatssecretair Dr. v. Stephan die internationale Telegraphen-Conferenz eröffnete, lautet:

Meine Herren! Durch den Beschluß der auf der Londoner Conferenz vom Jahre 1879 vertreten gewesenen Regierungen ist Deutschland die Ehre zu Theil geworden, die jetzige internationale Telegraphen-Conferenz in den Mauern seiner Hauptstadt zu empfangen. Aus allen Ländern Europas, aus allen Welttheilen hat diese zahlreiche und glänzende Versammlung in Vertretung der hohen Regierungen sich hier vereinigt, um ihre gemeinsame Arbeit der weiteren Vervollkommnung des großen Verkehrs- und Culturinstruments zu widmen, welches die Wissenschaft unseres Jahrhunderts der Menschheit errungen hat. Ich brauche die Aufrichtigkeit meiner Freude nicht zu versichern darüber, daß Se. Majestät der Kaiser, mein erhabener Herr, mich zu der Ehre berufen hat, Sie in Seinem Namen willkommen zu heißen und an Ihren Berathungen Theil zu nehmen. Wenn es zu den angenehmsten Aufgaben einer Regierung gehört, bei der Pflege derjenigen Einrichtungen mitzuwirken, welche die Ergebnisse der Wissenschaft und die fortschreitenden Erfahrungen der Technik für die Völker des Erdballs nutzbar machen, so ist diese Pflicht besonders befriedigend bei der Fürsorge für die Verkehrsanstalten, weil das Ziel derselben ein wohlthätiges und in seinem Wesen so klar vorgezeichnet ist, daß Zweifel und Widerstreit der Meinungen hierüber kaum bestehen können. Die Bedeutung der Telegraphie für die Cultur ist in fortwährendem Wachsen begriffen. Ich kann mich begnügen, darauf hinzuweisen, daß die gemeinsame Wirksamkeit aller Telegraphen-Verwaltungen und Gesellschaften die Drähte, welche dem menschlichen Gedanken den schnellsten Weg gewähren, zu einem immer umfangreicheren und dichteren Netze verflochten hat. Die Westküste von Nord- und Süd-Amerika, der Osten und Süden von Afrika sind mit dem allgemeinen Telegraphennetz in Verbindung gebracht. Auf den alten Stätten der Cultur sind neue Stationen zu Tausenden eröffnet, so daß selbst kleine Ortschaften die Vortheile der telegraphischen Nachrichtenvermittelung genießen können. In Australien hat der Ueberland-Telegraph den ganzen Welttheil durchgezogen, Tasmanien und Neuseeland sind mit dem Netz verbunden; in Amerika sind die Nordküsten überschritten; die Linien des russischen Reichs sind bis zu den östlichen Gestaden Asiens geführt, und auch in China hat der schnellste Träger des Gedankens seinen siegreichen Einzug gehalten. Dem Unternehmungsgeist und der Rührigkeit der Kabelgesellschaften verdanken wir neue und werthvolle unterseeische Verbindungen. Unser Verein ist durch den Beitritt mehrerer Staaten und Colonien aus Asien, Afrika und Australien erweitert worden. Die Ausstellungen in Paris, London, München, Wien, Turin, Philadelphia, Pest, Antwerpen rc. haben in ihren der Elektrotechnik gewidmeten Abtheilungen die Fortschritte dargethan, welche der Erfindungsgeist auf diesem Gebiete gemacht hat und denen wir unsere Einrichtungen in Verwaltung und Betrieb anzupassen haben werden. In dem Fernsprecher ist dem telegraphischen Verkehr ein anderweites Organ der Nachrichtenvermittelung zur Verfügung gestellt, welches bereits bedeutende Ergebnisse aufzuweisen hat und unzweifelhaft noch einer großen Zukunft entgegensieht. Gleich dem Telegraphen im Anfange ein Luxus, ist er bereits ein Gebrauch geworden; er muß eine Gewohnheit werden. Zu den Aufgaben der allgemeinen Telegraphen-Conferenzen hat es stets gehört und wird es auch jetzt gehören, eine immer größere Verallgemeinerung des Gebrauchs des Telegraphen durch zweckmäßige Dienstvorschriften und durch einen einfachen und mäßigen Tarif herbeizuführen. Die Londoner Conferenz hat die Annahme des Worttarifs im Princip gebracht. Möge es gelingen, meine Herren, daß als Ergebniß unserer Arbeiten ein weiterer Fortschritt verzeichnet werden kann, namentlich in der Richtung, den Telegraphen immer mehr in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und seine Zugänglichkeit für alle, auch die minder begüterten Volksclassen zu erleichtern. Bei dem Geiste der Verträglichkeit, welcher sich in den bisherigen Telegraphen-Conferenzen stets geoffenbart und welcher es ermöglicht hat, eine so große über den Erdball verbreitete Anzahl von Verkehrsanlagen mit so verschiedenen Einrichtungen bisher zur Annahme gemeinsamer Grundsätze zu einigen, zweifle ich nicht, daß auch etwa neu zur Erscheinung kommende Schwierigkeiten sich beim entgegenkommenden Austausch der Meinungen werden überwinden lassen. Mit der Versicherung, daß Sie, meine Herren, der deutschen Nation und der Stadt Berlin ermüdende und gehetzte Säle sind, erkläre ich die internationale Telegraphen-Conferenz von Berlin für eröffnet, und bitte Sie, sich durch Ernennung eines mit der Leitung Ihrer Arbeiten zu betrauenden Präsidenten und der Schriftführer jetzt zu constituiren.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weist in einem Leitartikel darauf hin, daß die Chancen für die juristische Laufbahn gegenwärtig und wohl noch auf lange Zeit hinaus ungünstig genug liegen, um von dem Studium der Jurisprudenz abzurathen, und fährt dann fort:

Erfahrungsmäßig hessen solche Abmahnungen sehr wenig. Gewöhnlich werden sie mit dem Einwande zurückgewiesen, daß die Chancen für andere Zweige des gelehrten Studiums nicht günstiger liegen.

Dieser Einwand ist so zutreffend und augenfällig, daß man kaum begreift, wieso er blos als Entschuldigung für eine verfehlte Wahl des Specialfaches dienen soll, statt den Zudrang zur gelehrten Laufbahn überhaupt zu mäßigen.

Leider aber begegnen wir ähnlichen Erscheinungen auch auf anderen Gebieten des bürgerlichen Erwerbslebens. Wie groß ist der Zudrang zum höheren Handel, zum Kaufmannstande! Auch hier wird das Bedürfniß von dem Angebot so unendlich weit überflügelt, daß die Klagen über Erwerbslosigkeit und Ueberfüllung in allen höheren gewerblicher Thätigkeit gerade in diesen Kreisen ein vollklingendes Echo finden. Und doch werden die Klagen der Landwirthschaft über Mangel an Arbeitskräften, die Klagen des Handwerks über Mangel an hinreichend ausgebildeten Gehilfen vollständig überhört oder geringschätzig zurückgewiesen, weil die Gesellschaft, im gewissen Widerspruch mit sich selbst, sich in einen Standesunterschied hineinlebt, den sie doch politisch überwunden hat oder überwunden wissen will. Das durch die Verfassung proclamirte Staatsbürgerrecht hat den Unterschied zwischen „höherem" und „niederem" Bürgerstand beseitigt; aber die Gesellschaft stellt ihn wieder her, indem sie in dem Handwerk das Kriterium einer niederen Lebensstellung erblickt, aus welcher sie sich in die „höheren" Berufsstände zu erheben strebt.

Hauptsächlich sind es die Eltern selbst, welche darauf denken, ihre Kinder in „höhere" Lebenssphären zu bringen, indem ihre Phantasie von dem Zauber einzelner glänzender Existenzen geblendet wird. Sie bedenken leider nicht die Summe socialen Elends, welchem eine große Anzahl solcher Aufstrebenden verfällt, weil der Erfolg von so vielen Bedingungen abhängt, die außerhalb der Arbeitslust und Arbeitstüchtigkeit liegen, welchen der bürgerliche Geschäftsbetrieb sein Gedeihen in der Regel allerdings vorwiegend zu danken hat. Denn es verpflanzt sich hier in der Summe der Erfahrungen und Beziehungen selbst von dem mittellosen Vater eine Erbschaft auf den in gleicher Lebenssphäre forterbeitenden Sohn, welche diesem ganz von selbst eine breitere Existenzbasis sichert: eine Erbschaft, welche damals, als man noch von dem „goldnen Boden des Handwerks" sprach, gewiß mit berücksichtigt wurde, wenngleich dieser „goldene Boden" noch andere Voraussetzungen hatte, deren Ersatz, den neuen Verhältnissen entsprechend, noch zu finden ist.

Natürlich denken wir nicht daran, die Nation in Kasten einengen zu wollen, wenn wir davor warnen, aus Eitelkeit oder ähnlichen Motiven das Glück in einer höheren Lebenssphäre zu suchen. Recht und Verfassung sichern einem Jeden den Zugang zu den Bahnen mit höchsten Zielen; aber die Summe des allgemeinen Wohlstandes und der allgemeinen Zufriedenheit mehrt sich entschieden nicht, wenn die Chancen des Erfolges außerhalb seiner sicheren Voraussetzungen liegen.

* Die „Post" schreibt in Bezug auf einen auch von uns wiedergegebenen Artikel: „Obgleich wir uns eigentlich vorgenommen hatten, die ultramontanen Organe noch eine Zeit lang in ihren Vermuthungen über den Verfasser der von uns am Sonnabend ausgezogenen Brochure eines Ultramontanen sich lächerlich machen zu lassen, so sehen wir doch, daß sich bisher nur die kleinen Kläffer, wie die „Kölnische Volks-Zeitung" und die „Schlesische Volks-Zeitung", dieses angenehme Geschäft besorgen, während die pfiffigere „Germania" ein weises Schweigen bedachtet, wie sie z. B. bei dem Drucke des Porsischen Gesangbuches und in zahlreichen ähnlichen Fällen gethan hat. Die uns vorliegende Brochure heißt: Ultramontan-pseudopatriotisches Doppelspiel von Friedrich Karl Reichsfreiherrn von Fechenbach zu Landenbach und Sommeran und ist 1870 in München bei Cäsar Fritsche erschienen. Unsere Auszüge daraus waren durchaus wörtlich."

* Ein aus Zanzibar eingegangenes Telegramm meldet, daß der Capitain z. S. v. Kostitz, Commandant S. M. Kreuzer-Corvette „Stosch", am 5. August cr. auf der Reise von Mauritius nach Zanzibar am Herzschlag verstorben ist.

* Der kaiserliche Gouverneur für Kamerun, Freiherr von Soden, ist, wie der „R.- und St.-A." meldet, am 3. d. M. in Begleitung des Kanzlers von Puttkamer an Bord des Woermann'schen Dampfers in Kamerun eingetroffen und hat die Verwaltung der Colonie übernommen. Der mit demselben Dampfer von Hamburg abgegangene Commissar für das Togogebiet, Regierungs-Assessor Falkenthal, war bereits am 26. Juni d. J. in Bagida gelandet, um die Geschäfte seines Postens zu übernehmen.

* Von der Marine wird gemeldet:

Der neueste Ausweis des Marinestandes läßt den eigenartigen Entwickelungsgang des deutschen Seewesens besonders scharf hervortreten. Das schwimmende Material der deutschen Kriegsflotte hat zwar neuerdings, abgesehen von einer Anzahl neuer Torpedoboote und Panzerfahrzeuge (Panzer-Kanonenboote), keine nennenswerthe Vermehrung erfahren, denn der eine in der Gesammtzahl der Schiffe inbegriffene neue Panzer und die drei im Bau begriffenen neuen Kreuzer-Fregatten und Corvetten sind, obgleich jetzt sämmtlich vom Stapel gelaufen, noch in ihrer Ausrüstung begriffen und werden erst im nächsten Jahre in den Bestand der vollkommen dienstbereiten Schiffe eintreten. Die Hauptaufmerksamkeit hat sich dagegen nun seit Jahren schon auf die Erweiterung und Heranbildung eines tüchtigen Seeofficierscorps und aller Zweige des Marinepersonals gerichtet befunden. Die Kriegsbemannung des gesammten gegenwärtig vorhandenen schwimmenden Materials kann schwerlich auf viel über 20,000 Köpfe angenommen werden. In dem Ausweis wird die Bemannung der verfügbaren 139 Schiffe und Fahrzeuge sogar nur zu 17,880 Mann angegeben, wobei die Bezeichnung ob Kriegs- oder Friedensbemannung, sich jedoch nicht erwähnt findet. Dem gegenüber werden in dem Ausweis für den jetzigen Friedensstand des Marinepersonals folgende Ziffern aufgeführt: Ein Marine-Officierscorps und Maschinen-Ingenieur-Personal von 597 Köpfen, 358 Deckofficiere, 100 Seecadetten, 1680 Unterofficiere, die beiden Matrosen-Divisionen mit 6826 Matrosen, die beiden Werft-Divisionen, welche das Maschinen- und Heizerpersonal und das für die Schiffsausrüstung erforderliche Sanitäts-, Verwaltungs- und Handwerker-Personal enthalten, mit 3049 Mann, die Matrosen-Artillerie-Abtheilung mit 916 Mann, das Seebataillon mit einem etatsmäßigen Bestand von 1080 Mann und die Schiffsjungen-Abtheilung mit 478 Köpfen. In Summa würden sich also schon auf dem Friedensfuße für die Kriegsausrüstung der Flotte 15,083 Officiere und Mannschaften disponibel befinden; der geringe Mehrbedarf für den Kriegsstand kann aber jedenfalls aus Mannschaften des Reservestandes und der Seewehr, also aus durchaus seebefahrenen Leuten, nicht nur binnen wenigen Tagen gedeckt werden, sondern es würde an solchen auch noch ein Bestand verbleiben, der für die Bemannung von noch 10, 15, wo nicht 20 großen Schiffen mehr als ausreichend dürfte, wobei die auf der Handelsmarine in überseeischen Fahrten begriffenen Mannschaften der Seereserve und Seewehr schon in Abzug gestellt sind. Wie sorgfältig und allseitig hingegen die Ausbildung des Marinepersonals bewirkt wird, beweist die Zahl von nicht weniger als 9 Schulschiffen, wobei die Seecadetten-Schulschiffe, in denen immer besonders tüchtige Schiffe der activen Kriegsflotte bestimmt werden, nicht einmal mit inbegriffen sind. An unmittelbar dienstverwendungsfähigen Schiffen werden in dem Ausweis aufgeführt 12 Panzerschiffe, wovon drei, die Panzerfregatten „Kronprinz" und „Friedrich Karl" und die Panzercorvette „Hansa", den gegenwärtig an Panzer-Schlachtschiffe gestellten Ansprüchen allerdings nur noch sehr unvollkommen genügen, wofür jedoch der deutschen Schlachtenflotte schon im nächsten Jahre der Panzer „Oldenburg", ein Schiff zweiter Gefechtsstärke, neu hinzutreten wird. Demnächst 14 Panzerfahrzeuge (Panzer-Kanonenboote), 8 Kreuzerfregatten, 10 Kreuzercorvetten, darunter nur noch vier der alten im Holzbau ausgeführten Schiffe, sonst sämmtlich Schiffe von neuer und neuester Construction und 14 Seemeilen in der Stunde, denen im nächsten Jahre noch eine im Stahlbau ausgeführte Kreuzerfregatte und zwei gleichartige Kreuzercorvetten von 15 bis 16 Seemeilen Fahrt in der Stunde neu gezimmert werden. Kreuzer sind zur Zeit 5, Kanonenboote 4, Avisos 8 vorhanden, 8 von den 9 Schulschiffen würden bei Erfordern ebenfalls noch eine Kriegsverwendung gestatten. Die Zahl der verwendbaren Torpedoboote wird zu 43 angegeben, dieselbe soll jedoch bis Ausgang dieses Jahres auf 70 gesteigert werden. Die Fahrgeschwindigkeit stellt sich für die neuen Torpedoboote durchgehends von 18 bis mehr als 21 Seemeilen Fahrt in der Stunde, ein Verhältniß, welches sich zur Zeit in keiner anderen Kriegsmarine auch nur ähnlich günstig vertreten findet. Die Zahl der deutschen Schiffe und Fahrzeuge ist nicht groß, aber zu fünf Sechsteln besteht die deutsche Kriegsflotte durchgehends aus neuen Schiffen von ebenso großer Fahrgeschwindigkeit wie Leistungsfähigkeit, und daran bleibt nicht zu zweifeln, daß bei einem Officierscorps und Personal, wie es für dieselbe herangebildet worden ist, unter einer umsichtigen und schneidigen Führung sich die deutsche Seemacht jeder anderen Kriegsflotte ebenbürtig und hoffentlich mehr als ebenbürtig erweisen würde.

* * *

* Die „Deutsch-böhmische Correspondenz" schreibt:

Professor Dr. Heinz that einst die bemerkenswerthe Aeußerung: man habe sich im deutschen Volke daran gewöhnt, zu stark zu diplomatisiren; die ursprüngliche Kraft jeglicher Volksstimmung